

und abgekoppelt davon bleiben die Phasen der Institutionalisierung neuer Machtprozesse, der Differenzierungen innerhalb des „revolutionären Lagers“ und des Abbaus der überzogenen Erwartungen – Phasen, in denen zugleich der utopische Überschuß, der jeder Revolution inhärent ist, offenbar wird. Bleibt der Zusammenhang außer Betracht, so ist für den Vergleich, der möglicherweise weitere Erklärungsansätze liefern könnte, eine wichtige Tür verstellt. Denn das Spezifikum der ostdeutschen gegenüber den ostmitteleuropäischen Revolutionen liegt weniger in dieser ersten Phase, sondern in den folgenden, die unter der Bedingung des Zusammenschlusses mit einem nicht revolutionierten (größeren) Teil der potentiell nachrevolutionären Gesellschaft ablaufen. Hieraus ergibt sich dann die seltsame Kluft zwischen Institutionentransfer und mentalem Wandel, die die postsozialistischen Gesellschaften prägt.

Opp und *Voß* argumentieren zwar für eine komparatistische Perspektive, nutzen sie aber kaum, weshalb offen bleibt, wo sie den von ihnen analysierten Gegenstand einordnen. Die beiden wichtigsten Hypothesen jenseits der Konstruktion eines ganz eigenen, historisch singulären Revolutionstyps der postsozialistischen liberalen Befreiungsrevolution (T. G. Ash) – einerseits die der Wandlung der Revolution im 20. Jh. von einem Instrument des Zentrums zu einem der Peripherie (M. Kossok) oder andererseits die einer zusammengehörigen Revolution des Weltsystems (I. Wallerstein) – würden unterschiedliche Vergleichsebenen favorisieren. Die erste These würde die im vorliegenden Band zuweilen unternommenen Vergleiche mit Protestbewegungen in Westeuropa obsolet machen, die zweite zu deren Verfeinerung Anlaß geben.

Aufs Ganze gesehen, bietet der Band von *Opp* und *Voß*, der einen bemerkenswert frühe Forschungskoooperation in den Sozialwissenschaften zwischen Ost- und Westdeutschland darstellt, interessante Einsichten in ein Material, das heute

nicht mehr zu gewinnen wäre und auf eine diachron vergleichende Fortsetzungsuntersuchung angelegt ist, und fordert zur Diskussion heraus. Mehr kann man von einer Monographie, die als eine der ersten den unbefriedigenden Rahmen von Schilderungen teilnehmender Beobachter überstiegt, nicht wünschen.

Matthias Middell

Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, Günter Olzog Verlag, München 1996, 300 S.

Zu annotieren ist ein Sammelwerk, das sich in sechzehn Beiträgen dem Phänomen des „postkommunistischen Geschichtsbildes“ im vereinigten Deutschland widmet. Den Hrsg. geht es, wie sie im Vorwort mitteilen, um eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit dem von Vorurteilen, Legenden und Ideologemen geprägten Geschichtsbild in der Tradition der SED, das heute vornehmlich in der PDS und ihrem Umfeld gepflegt wird. Dementsprechend gliedert der Band sich in zwei Teile, deren erster den Weg von der Geschichtspolitik der SED zum „halbherzigen Revisionismus“ der postkommunistischen Vergangenheitsbewältigung beleuchtet, während der zweite sich stärker mit den aktuellen geschichtspolitischen Handlungsfeldern der PDS befaßt.

Entsprechend heterogen sind die Beiträge, und einige von ihnen haben mehr mit dem Machen der Geschichte als mit der Erinnerung an sie zu tun: So zeichnet *Hermann Weber* die Haltung der KPD/SED gegenüber dem sozialdemokratischen „Todfeind“ zwischen 1930 und 1950 nach und *Heinrich Potthoff* die doppelgleisige SED-Politik gegenüber der Bundesrepublik zwischen politischer Abgrenzung und wirtschaftlicher Ausnutzung. Zwei andere Artikel befassen sich mit der „ambivalenten“ Rolle der

PDS in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung des SED-Regimes und ihrem Sondervotum im Abschlußbericht (*Michael Laubsch* und *Hartmut Soell*). Aufschlußreich ist ein knapper Abriss von *Andreas Wendt* über das „Neue Deutschland“ nach 1989, das die allmähliche Durchsetzung einer offen apologetischen Sicht auf die DDR seit Ende 1990 plastisch macht. Seine Deutung wird durch den Beitrag von *Annette Leo* gestützt, die am Beispiel des „antifaschistischen Traditionskabinettes“ im Berliner Thälmannpark zeigt, wie im Umkreis der PDS stalinistische Kräfte ihr verlorenes Terrain in den letzten Jahren wieder gutzumachen gewußt haben. Ein journalistisch aufgemachter Stimmungsbericht über den 4. Parteitag der PDS verdeutlicht daneben, wie sehr den wenigen Reformern in der PDS der Wind wieder ins Gesicht bläst. Weitere Aufsätze untersuchen die Haltung von SED und PDS zu ausgewählten Phasen und Ereignissen der Zeitgeschichte: *Heinrich August Winkler* analysiert das Weimar-Bild der SED und ihrer Erben; *Bernad Faulenbach* arbeitet einmal mehr den instrumentellen Charakter des verordneten Antifaschismus heraus und belegt dessen andauernde Fortwirkung in der PDS am Beispiel der Auseinandersetzung um die Neukonzeption der ostdeutschen Gedenkstätten. *Ilko-Sascha Kowalczyk* und *Manfred Rexin* analysieren den Umgang von SED und PDS mit dem Juni-Aufstand 1953 bzw. dem Mauerbau 1961.

Das Ganze ist ein Potpourri, und den nach Reflexionsebene und thematischer Breite zum Teil weit auseinanderliegenden Einzelbefunden läßt sich zusammenfassend nur schwer gerecht werden. Wohl aber wirft der konzeptionelle Rahmen eine Reihe von Fragen auf. Nachdenklich macht zunächst eine Feststellung *Kowalczyks*, daß sich die „PDS-Historiker“ – K. verwendet den Begriff selbst in Anführungsstrichen – mit ihren Thesen „keineswegs außerhalb der wissenschaftlichen Debatte befinden“ (S. 75) und die „Trennlinie in der Interpreta-

tion... gegenwärtig nicht mehr zwischen ost- und westdeutschen Historikern (verläuft)“ (S. 76). Wenn dem so ist – und *Kowalczyk* vermag seine Feststellung überzeugend zu belegen –, wie läßt sich dann das postkommunistische Geschichtsbild überhaupt fassen, um das es Autoren und Herausgeber geht?

Frontal gegen das Anliegen seiner eigenen Editoren argumentiert *Gero Neugebauer* wenn er in seinen „Anmerkungen zum Geschichtsbild in der Programmatik der PDS“ betont: „Da es die PDS nicht gibt, existiert... auch keine einheitliche Programmatik... Auch unterstellt die Vorstellung, es würde im Programm der PDS ein geschlossenes Geschichtsbild geben, eine Kontinuität des marxistisch-leninistischen Parteienverständnisses, das in der Partei zwar auch noch bei etlichen Mitgliedern oder einzelnen Gruppen zu finden ist, aber in der PDS-Mitgliedschaft insgesamt nicht dominiert.“ (S. 200) Auch *Konrad Jarausch* kommt in seiner dichten und aufschlußreichen Darstellung, wie (post-)kommunistische Intellektuelle mit dem Zusammenbruch der DDR umgehen, zum gleichen Ergebnis: Die so unterschiedlichen Verarbeitungsstrategien, die *Jarausch* als Nostalgie, Katastrophendiskurs, individuelle Schuldzuweisung, sektorale Fehleranalyse und fundamentale Selbstkritik klassifiziert, fügen sich trotz der Dominanz einer insgesamt „tragischen Argumentationsstruktur“ nicht zu einem einheitlichen Geschichtsbild, sondern bilden „ein ganzes Spektrum von Ansichten...“, das von vereinfachenden neo-stalinistischen Selbstrechtfertigungen bis zu komplexen wissenschaftlichen Kausalanalysen reicht“ (S. 142).

Mehr noch: Ausgerechnet die einzige Gemeinsamkeit, die *Jarausch* allen PDS-nahen Denkströmungen in der Ablehnung der Totalitarismustheorie zubilligt, wird von einem anderen Beitrag desselben Bandes nachdrücklich in Frage gestellt. *Wolfgang-Uwe Friedrich* zeigt am Beispiel der von Ernst Wurl, Dieter Böck und vor allem Gerhard Lozek heute vertretenen Auffassungen, daß die „aus po-

litikwissenschaftlicher Sicht... drei wichtigsten Stimmen zum Totalitarismusproblem... aus dem Umkreis der PDS“ allesamt dem innerdeutschen Diktaturvergleich und der Totalitarismustheorie eher zustimmend als ablehnend gegenüberstehen, auch wenn ihre Haltung in der PDS mehrheitlich scharf abgelehnt wird (S. 124). *Friedrichs* Unmut über ihre parteiinterne Marginalisierung führt allerdings auf das Problem, nach welchen Kriterien die Vergangenheitsaufarbeitung und -verdrängung im PDS-Milieu zu beurteilen ist: „Nicht wissenschaftlicher Forscherdrang bestimmt das Denken, ... sondern die Verteidigung ehemaliger Funktionäre 'ohne wenn und aber'. Diese Haltung hat sich inzwischen in der PDS durchgesetzt“ (S. 133). Gewiß. Aber kann man einer Vereinigung fehlenden 'wissenschaftlichen Forscherdrang' vorwerfen, die erklärtermaßen eine politische Partei und kein historisches Forschungsinstitut ist?

Die mangelnde Differenzierung zwischen Wissenschaftskritik und politischem Werturteil (so *Friedrich* selbst) durchzieht den Band in seiner ganzen Anlage. Überdeutlich wird dies in dem Beitrag des Mitherausgebers *Rainer Eckert*, der sich in seinem Beitrag „Geschichte als Instrument: Geschichtsbild und Agitprop in der PDS und ihrem Umfeld“ zuwendet. *Eckert* stellt eingangs fest, „daß es eine monolithische... Sicht auf Geschichte in dieser Partei nicht mehr gibt“ (S. 155), will kurz darauf aber doch ermitteln, „ob es heute ein einheitliches Geschichtsbild der PDS gibt und wenn ja, wie dieses aussieht“ und beklagt dann die „Schwierigkeiten... daß in der PDS unterschiedliche Gruppierungen und Plattformen um historische Deutungskompetenz ringen und es kein ideologisches Zentrum zum Verkünden ewiger Wahrheiten mehr gibt“ (S. 157), um schließlich drei unterschiedliche Strömungen in der PDS auszumachen, von denen er allerdings im weiteren nur zwei vorstellt.

So könnte es mit der Feststellung sein Bewenden haben, daß die Beiträge dieses

Sammelbandes nicht zu liefern vermögen, was sein Titel verspricht, wenn nicht gerade *Eckerts* Artikel noch in anderer Hinsicht nachdenklich machen würde. Der Autor kommt in seiner Analyse zu dem Befund, daß die totalitäre Vergangenheit von der PDS eher verbogen statt aufgearbeitet würde, und leitet daraus das Urteil ab, daß das Grundübel der PDS ihre unterlassene Selbstauflösung ist. Der Leser muß allerdings aus seinen Ausführungen den Eindruck gewinnen, daß *Eckert* in dieser Vermischung von wissenschaftlichem und politischem Urteil nicht viel anders argumentiert als die von ihm Kritisierten.

Immer wieder konstatiert der Autor darüber hinaus etwa 'berechtigte Zweifel an der Seriosität' des in der PDS gepflegten Geschichtsdenkens, die er etwa damit begründet, daß in der SED-Herrschaftspraxis keine Legitimität im Sinne Max Webers auszumachen sei oder die PDS ihre Traditionen „entgegen der historischen Wahrheit“ bilde oder PDS-nahe Historiker „eine Identifikation auch einer Mehrheit der parteilosen Bevölkerung mit der DDR ... zu konstruieren“ (S. 178) versuchen. Nun sind aber die angeführten Ansichten beileibe nicht nur PDS-nahen Historiker zu eigen, und es ließe sich auch einwenden, daß *Eckert* den Weberschen Legitimitätsbegriff womöglich mißverstanden hat. Aber darum geht es nicht. Entscheidend ist vielmehr, daß der Verf. die Seriosität anderer Auffassungen offenbar wie selbstverständlich danach bemißt, wie deckungsgleich sie mit den eigenen sind. In der politischen Auseinandersetzung mag diese Haltung üblich sein; in der wissenschaftlichen Diskussion ist sie ein Ärgernis.

Wenn schließlich in die Argumentation Vorwürfe an die PDS einfließen, „antiwestliche Ressentiments“ zu schüren, vor der „Verächtlichmachung der Bundesrepublik“ nicht zurückzuschrecken, ja, ihre „demokratische Gesellschaftsordnung ... mit Schmutz“ zu bewerten (S. 154), oder das Bemühen um ein differenziertes Geschichtsbild in der

PDS unter Hinweis auf das Agieren der Partei in der brandenburgischen Landespolitik relativiert wird, dann entpuppt sich das Plädoyer für die historische Wahrheit im tiefsten als simple Ersetzung eines Parteigeschichtsdenkens durch ein anderes. Am irritierendsten freilich wirkt, wie fröhlich sich *Eckert* zu diesem Verfahren bekennt: „Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Geschichtsbild der PDS“, so *Eckert*, „ist gerade für die Sozialdemokratie beim Kampf um die geistige Hegemonie im Osten Deutschlands und zur Gewinnung der strategischen Mehrheit im Deutschen Bundestag unverzichtbar.“ (S. 181) Was aber soll man von einem Beitrag halten, der den Mißbrauch von „Geschichte als Instrument“ in der SED-Diktatur und die politische Instrumentalisierung der Vergangenheit durch die PDS bloßlegen will – um auf diese Weise seinerseits „mit aller Härte und Konsequenz“ (S. 181) dem Kampf um die ‚geistige Hegemonie der Sozialdemokratie‘ zu dienen?

Hier spätestens beschleicht den Leser doch der bange Verdacht, daß diese Art von Analyse – mit Karl Kraus zu sprechen – eben die Krankheit ist, für deren Therapie sie sich hält.

Martin Sabrow

Karl Strobel (Hrsg.), *Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen*, SH-Verlag, Vierow bei Greifswald 1994 (= *Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen*, Bd. 5; zugleich: *Veröffentlichungen des Historischen Corpsmuseums München*, Bd. 1), 263 S.

Diese Aufsatzsammlung ist aus einem universitäts- und bildungshistorischen Kolloquium in München 1993 hervorgegangen. Wie der Hrsg. gleich einleitend einräumt, „spannen die einzelnen Arbei-

ten einen weiten Bogen vom späten 19. Jh. bis in die Gegenwart“, und außer der Tatsache, daß sie alle Gegenstände aus diesem Zeitraum behandeln und dabei in sich jeweils wichtige und Aktualität beanspruchende Fragestellungen der Universitätsentwicklung verfolgen, hält sie kein weiteres gemeinsames Anliegen zusammen. *Strobel* hebt in seiner Vorbemerkung die Diskontinuitäten in der deutschen Hochschulgeschichte hervor, die ein aspekthaftes Vorgehen rechtfertigen würden.

Vom Bruch spitzt dagegen mit seiner Frage danach, ob die deutsche Universität schon vor dem Ersten Weltkrieg Abschied von Humboldt genommen habe, das Problem erst richtig zu: Hält das u. a. von Peter Moraw vorgeschlagene Dreiphasenschema (vorklassische Periode bis 1800; klassische, d. h. Humboldtsche Phase bis ca. 1960 und nachklassische Phase mit ständig neuen Reform- und Regulierungswellen), das in starkem Maße bis heute die Selbstrepräsentation des (west-)deutschen Universitätssystems prägt, einer kritischen historischen Prüfung stand? Vom Bruch schließt sich dem Zweifel zahlreicher Autoren an, ob und inwieweit die Universität, die Humboldt entworfen hat, je mehr als ein Idealtypus gewesen sei und argumentiert für die Beachtung des Spannungsverhältnisses von „verwalteter Macht und forschendem Geist“ (*Klaus Schreiner*) als Grundlage der europäischen Hochschulentwicklung, die auch durch das Programm von 1810 nicht ausgehebelt, sondern vielmehr bestätigt worden ist. Die Veränderungen in Sozialstruktur, Bildungskonzept und Disziplinengleichgewicht lassen eine wichtige Zäsur in der deutschen Hochschulgeschichte zwischen 1860 und 1920 vermuten. Diese wurde allerdings verdeckt durch die Inszenierung des Mythos vom fortdauernden Humboldtschen Modell, das man allerdings stärker dem Fürsteneinfluß des 18. Jh. als der zeitgleichen Napoleonischen Universitätsreform in Frankreich entgegengestellt wurde. Die damit skizzierte Dimension eines europäischen